

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://x.com/AI_El_Salvador
https://mastodon.social/@ai_el_salvador
<https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>
<https://bsky.app/profile/elsal-amnesty.bsky.social>
<https://www.youtube.com/@amnestyelsalvadorko>
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . SozialBank
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



15. Juli 2026

EL SALVADOR: DER MENSCHLICHE PREIS DES AUSNAHMEZUSTANDS KÖNNTE VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT DARSTELLEN

Pressemitteilung

Was als vorübergehende Maßnahme zur Bekämpfung der Bandenkriminalität begonnen hat, entwickelte sich zu einem dauerhaften System, das willkürliche Masseninhaftierungen, die Aussetzung von Rechtsgarantien und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen fördert und rechtfertigt, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen könnten. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in seinem neuen Bericht **„‘Sicherheit‘ ohne Rechte: Willkürliche Masseninhaftierungen und die Verweigerung ordentlicher Verfahren resultieren möglicherweise in der Verübung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in El Salvador“**.

In den vier Jahren seit der Ausrufung des Ausnahmezustands wurden mehr als 90.000 Menschen inhaftiert, mindestens 470 sind in staatlichem Gewahrsam gestorben, und Tausende von Familien suchen weiterhin nach Antworten über den Verbleib, den Gesundheitszustand oder den rechtlichen Status ihrer Angehörigen. Der Bericht dokumentiert, wie eine Ausnahmeregelung schrittweise in eine dauerhafte Sicherheitspolitik verwandelt wurde, die auf der langfristigen Aussetzung von Rechten und der systematischen Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit beruht.

„Sicherheit darf nicht auf Willkür, Folter, Verschwindenlassen und der Aussetzung von ordentlichen Verfahren aufgebaut werden“, sagte Ana Piquer, Direktorin für den amerikanischen Kontinent bei Amnesty International. „Der Staat ist verpflichtet, die Bevölkerung vor Gewaltverbrechen zu schützen und von Banden begangene Verbrechen zu untersuchen und zu bestrafen. Aber diese Verpflichtung berechtigt nicht zur Begehung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen.“

„Der Staat ist verpflichtet, die Bevölkerung vor Gewaltverbrechen zu schützen und von Banden begangene Verbrechen zu untersuchen und zu bestrafen. Aber diese Verpflichtung berechtigt nicht zur Begehung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen.“

Ana Piquer, Direktorin für den amerikanischen Kontinent bei Amnesty International

AMNESTY
INTERNATIONAL



Die Untersuchung stützt sich auf sechs Besuchsreisen zur Ermittlung von Fakten, die zwischen Mai 2022 und Januar 2025 durchgeführt wurden, auf 109 Interviews mit Opfern, deren Angehörigen, Rechtsanwälten, Pflichtverteidigern, Strafverteidigern sowie aktiven und pensionierten Angehörigen der Nationalen Zivilpolizei (PNC) sowie auf eine Analyse von Anklageschriften, Gerichtsurteilen, Gesetzesverordnungen und auf eine direkte Überprüfung von mehr als 80 Einzelfällen.

Der Bericht enthüllt, wie aktive und pensionierte PNC-Beamte ein System von Festnahmequoten, mündlichen Anweisungen ohne schriftliche Belege und institutionellen Druck beschrieben, um Akten zu fälschen, die willkürlichen Festnahmen den Anschein der Rechtmäßigkeit verleihen sollten. Er dokumentiert zudem die Nutzung veralteter Datenbanken und die Erstellung von Zielgruppen-Profilen anhand territorialer und sozioökonomischer Kriterien durch die salvadorianischen Behörden, um willkürliche Massenverhaftungen zu rechtfertigen.

„In vielen Fällen überprüft niemand, ob die Festnahmen rechtmäßig sind oder nicht. Wir bringen die Leute einfach rein, die Generalstaatsanwaltschaft erhält die Unterlagen, und das war's. Kein Richter wird in diesem Moment hinzugezogen [...]. Bis sie vor Gericht gestellt werden, vergehen fünfzehn Tage, und die Richter lesen einfach die Liste vor und bestätigen alles. Niemand fragt, ob es zu Schlägen gekommen ist oder ob ein Haftbefehl vorlag“, sagte ein von Amnesty International befragter Polizei-Beamter.

„In vielen Fällen überprüft niemand, ob die Festnahmen rechtmäßig sind oder nicht. Wir bringen die Leute einfach rein, die Generalstaatsanwaltschaft erhält die Unterlagen, und das war's. Kein Richter wird in diesem Moment hinzugezogen [...]. Bis sie vor Gericht gestellt werden, vergehen fünfzehn Tage, und die Richter lesen einfach die Liste vor und bestätigen alles. Niemand fragt, ob es zu Schlägen gekommen ist oder ob ein Haftbefehl vorlag“, sagte ein von Amnesty International befragter Polizei-Beamter.

Ein weiteres zentrales Ergebnis des Berichts zeigt die Verschärfung der Situation: Die Verabschiedung von Verfahrensreformen, die mit internationalen Menschenrechtsstandards unvereinbar sind und das salvadorianische Straf- und Justizsystem zunehmend verändert haben. In zahlreichen dokumentierten Fällen übernehmen die Gerichte keine wirksame Kontrolle mehr über das Handeln von Polizei, Staatsanwaltschaft und anderen staatlichen Behörden, sondern sind zu Instanzen geworden, die willkürliche Festnahmen legitimieren und schwerwiegenden Freiheitsentzug aufrechterhalten, selbst wenn keine nachprüfbaren Beweise oder ausreichende individuelle Prüfungen vorliegen.

„In vielen Fällen spielt es keine Rolle mehr, ob Beweise vorliegen oder nicht. Es reicht aus, dass die Polizei sagt, jemand ‚sehe aus wie ein Bandenmitglied‘, damit das System ihn strafrechtlich verfolgt“, sagte ein von Amnesty International befragter Strafverteidiger. „Wir sehen Fälle, in denen Verhaltensweisen nicht individuell untersucht oder konkrete Sachverhalte nicht beschrieben werden und die Inhaftierung praktisch automatisch erfolgt.“

„In vielen Fällen spielt es keine Rolle mehr, ob Beweise vorliegen oder nicht. Es reicht aus, dass die Polizei sagt, jemand ‚sehe aus wie ein Bandenmitglied‘, damit das System ihn strafrechtlich verfolgt“, sagte ein von Amnesty International befragter Strafverteidiger.

Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass die dokumentierten Muster – willkürliche Massenverhaftungen, Folter, Verschwindenlassen und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam – Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne von Artikel 7



des Statuts von Rom darstellen könnten, weil begründeter Anlass zu der Annahme besteht, dass diese Handlungen im Rahmen eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung begangen wurden, und zwar in einem institutionellen Kontext, der deren Verübung begünstigt hat.

Amnesty International hat erneut eine starke diskriminierende Komponente bei der Umsetzung des Ausnahmezustands festgestellt. Die meisten der dokumentierten Opfer stammen aus historisch verarmten und stigmatisierten Wohngebieten, von denen viele zuvor von Bandenkriminalität betroffen waren. Die Untersuchung zeigt, dass Faktoren wie Wohnort, äußeres Erscheinungsbild, sozioökonomischer Status oder unbestätigte anonyme Anschuldigungen häufig herangezogen wurden, um Festnahmen zu rechtfertigen und Strafanzeigen aufrechtzuerhalten.

Der Bericht dokumentiert zudem, dass bei gerichtlichen Anhörungen von der Verteidigung vorgebrachte Argumente hinsichtlich der Verwurzelung [der beschuldigten Person] in der Gesellschaft – wie beispielsweise eine formelle Beschäftigung, familiäre Bindungen, ein Studium, ein fester Wohnsitz oder gesellschaftliches Engagement – häufig ohne ausreichende individuelle Prüfung zurückgewiesen werden. Laut Amnesty International hat dies dazu beigetragen, dass die Untersuchungshaft zu einer quasi automatischen statt einer im Ausnahmefall gewählten Maßnahme geworden ist.

Obwohl die salvadorianische Regierung den Ausnahmezustand als erfolgreiche Sicherheitspolitik darstellt, weist Amnesty International nachdrücklich darauf hin, dass der menschliche Tribut vor allem von Menschen ohne rechtskräftige Verurteilung gezahlt wird, die festgenommen wurden ohne Haftbefehl, ohne individuelle Ermittlungen und in vielen Fällen ohne nachprüfbare Beweise gegen sie.

„Diese Untersuchung zeigt, dass die salvadorianischen Behörden zugelassen haben, dass ihre Sicherheitspolitik zu systematischen und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen geführt hat, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnten und Tausende von Menschen betreffen, gegen die es keine stichhaltigen Hinweise auf eine Straftat gibt“, sagte Ana Piquer. „Die Ergebnisse dieses Berichts sollen die Behörden nicht davon abhalten, gegen mutmaßliche Straftäter oder kriminelle Strukturen zu ermitteln, sondern sicherstellen, dass sie dies im Rahmen von ordentlichen Verfahren tun.“

„Diese Untersuchung zeigt, dass die salvadorianischen Behörden zugelassen haben, dass ihre Sicherheitspolitik zu systematischen und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen geführt hat, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnten.“

Ana Piquer, Direktorin für den amerikanischen Kontinent bei Amnesty International

„Amnesty International fordert, dass diejenigen, die keine Straftaten begangen haben – und die Beweislage deutet darauf hin, dass es sich dabei um Tausende handeln könnte –, nicht weiterhin mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit oder sogar ihrem Leben für eine Politik bezahlen müssen, die darauf ausgerichtet ist, Zahlen zu produzieren, statt Gerechtigkeit zu schaffen. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach einer wahllosen Freilassung von Menschen, sondern zielt vielmehr darauf ab sicherzustellen, dass diejenigen, die weiterhin in Haft bleiben, glaubwürdigen Ermittlungen und fairen Gerichtsverfahren unterzogen werden, um ihre mögliche Beteiligung an Verbrechen festzustellen.“

Der Bericht dokumentiert Todesfälle in staatlichem Gewahrsam, Muster von Folter und andere Misshandlung, darunter Schläge, lang andauernde Haft ohne Kontakt zur Außenwelt, die systematische Verweigerung medizinischer Versorgung sowie Haftbedingungen, die mit der Menschenwürde unvereinbar sind.



Amnesty International hat zudem Muster von Verschwindenlassen dokumentiert, sowohl in der Anfangsphase der Inhaftierung als auch während des Freiheitsentzugs. In zahlreichen Fällen hielten die Behörden den Aufenthaltsort von Inhaftierten tage- oder wochenlang geheim und weigerten sich, Angehörigen Informationen über ihren Verbleib oder ihren Gesundheitszustand zu geben. In anderen Fällen blieben Personen trotz rechtskräftiger Gerichtsurteile, die ihre Freilassung anordneten, in Haft, weil diese Anordnungen von den Strafvollzugsbehörden nicht vollstreckt wurden. Befragte Angehörige schilderten verzweifelte Suchaktionen in Gefängnissen, Leichenhallen und Gerichten, ohne offizielle Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten, wodurch diese dem Schutz des Gesetzes entzogen wurden.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass es sich bei diesen Missbräuchen nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass sie durch einen tiefgreifenden institutionellen Wandel begünstigt wurden, der 2021 begann – dazu gehören die Entlassung von Richtern der Verfassungskammer und des Generalstaatsanwalts, Rechtsreformen, die die Grundsätze für ordnungsgemäße Verfahren untergruben sowie die zunehmende Militarisierung der öffentlichen Sicherheit.

„El Salvador hatte und hat weiterhin die Pflicht, die Bevölkerung vor Gewaltverbrechen zu schützen. Doch kein Staat kann Gewalt wirksam bekämpfen, indem er genau jene Muster von Angst, Diskriminierung, Missbrauch und Straflosigkeit reproduziert, die er angeblich bekämpft“, schloss Ana Piquer. „Die Erfahrungen in El Salvador zeigen das enorme Risiko einer Normalisierung von Sicherheitsmodellen, die durch einen rein repressiven Ansatz sofortige Ergebnisse versprechen, ohne dabei die Garantien für ordnungsgemäße Verfahren oder die Wahrung der Menschenrechte zu berücksichtigen.“

„Die Erfahrungen in El Salvador zeigen das enorme Risiko einer Normalisierung von Sicherheitsmodellen, die durch einen rein repressiven Ansatz sofortige Ergebnisse versprechen, ohne dabei die Garantien für ordnungsgemäße Verfahren oder die Wahrung der Menschenrechte zu berücksichtigen.“

Ana Piquer, Direktorin für den amerikanischen Kontinent bei Amnesty International

Amnesty International fordert den salvadorianischen Staat nachdrücklich auf, einen überprüfbaren Plan zur Beendigung des Ausnahmezustands zu verabschieden, die Garantien für ordnungsgemäße Verfahren vollständig wiederherzustellen, dokumentierte Verstöße unabhängig zu untersuchen und, sofern ausreichende Beweise vorliegen, die mutmaßlich Verantwortlichen für Verbrechen nach internationalem Recht einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich zu verfolgen. Außerdem fordert die Organisation den Staat auf, internationalen Menschenrechtsmechanismen uneingeschränkten Zugang zu Haftanstalten und Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand zu gewähren. Schließlich fordert Amnesty die internationale Gemeinschaft auf, die unabhängige Beobachtung und die internationalen Mechanismen zur Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Menschenrechtsslage in El Salvador zu stärken.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: The human cost of the state of exception could amount to crimes against humanity

15. Juli 2026

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/07/el-salvador-el-costo-humano-del-regimen-de-excepcion-podria-constituir-crimenes-de-lesa-humanidad/>

